



Pressemitteilung

Nr. 13/24

Sachsens Städte und Gemeinden richten ihre Erwartungen an die Regierung des neuen Sächsischen Landtages Teil 2 – Fachkräftezuwanderung und gelingende Integration gestalten / Attraktivität der öffentlichen Arbeitgeber erhöhen

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag hat nach Beschlussfassung seines Landesvorstandes hohe Erwartungen an die Regierung des am 1. September 2024 zu wählenden Sächsischen Landtages. Diese Erwartungen werden in mehreren Teilen veröffentlicht. Im Mittelpunkt unserer zweiten Veröffentlichung stehen die Themen Fachkräftezuwanderung und die Gestaltung einer gelingenden Integration sowie die Steigerung der Attraktivität öffentlicher Arbeitgeber.

Wir brauchen verschiedene, intelligente und aufeinander abgestimmte Maßnahmen, um den Arbeitsmarkt fit für die Zukunft zu machen und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu kann eine bessere Integration von Geflüchteten in Arbeit einen wichtigen Beitrag leisten. *„Arbeit ist neben Sprache zentral für den Aufbau von sozialen Kontakten, zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhaltes sowie zur gesellschaftlichen Anerkennung von Geflüchteten. Hierfür benötigen wir einen Arbeitsmarktzugang ohne bürokratische Hürden, berufsbegleitende Angebote von Sprachkursen sowie eine schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen“*, fordert Frau Kerstin Schöniger, Bürgermeisterin der Stadt Rodewisch.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Gewinnung von Fachkräften in den Städten und Gemeinden ist eine gemeinsame Arbeitgebermarke mit dem Freistaat Sachsen. Damit können Freistaat und Kommunen gemeinsam und gezielt für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst werben. Auch eine Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts ist längst überfällig. So sind aus der Perspektive von Nico Dittmann, Bürgermeister der Stadt Thalheim, die strengen landesrechtlichen Vorgaben für Standesbeamte und Fachbedienstete für das Finanzwesen nicht mehr zeitgemäß. *„Wir erwarten größere Handlungsspielräume für die Kommunen und eine Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechts insgesamt. Für eine erfolgreiche Personalgewinnung müssen die gesetzlichen Qualifikationsanforderungen für die Bediensteten dringend gelockert werden“*, so Dittmann weiter.

Dresden, 26. Juli 2024

Kontakt:

Cornelia Leser, Hauptreferentin
Telefon: 0351/8192-150
E-Mail: cornelia.leser@ssg-sachsen.de



Mehr als 4 Millionen Einwohner – 416 Städte und Gemeinden – eine Stimme:

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) ist der kommunale Spitzenverband der Städte und Gemeinden des Freistaates Sachsen. 416 der 418 sächsischen Städte und Gemeinden bilden beim SSG eine starke Gemeinschaft.

Der SSG fördert die Rechte und Interessen der Städte und Gemeinden und vertritt sie gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie zahlreichen anderen Landesorganisationen. Der Verband berät seine Mitglieder, vermittelt ihnen Informationen und pflegt deren Erfahrungsaustausch. Weitere Informationen: www.ssg-sachsen.de



Sächsischer
Städte- und
Gemeindetag



ERWARTUNGEN

an die Regierungsmehrheit des 8. Sächsischen Landtages
2024 bis 2029

beschlossen vom Landesvorstand des
Sächsischen Städte- und Gemeindetages am 14. Juni 2024



5 Fachkräftezuwanderung und gelingende Integration gestalten

- Integration durch schnelle Vermittlung in Arbeit beschleunigen
- Berufsanerkennung vereinfachen und beschleunigen
- Kapazitäten für Vorbereitungsklassen personell ausbauen
- Akzeptanz für Arbeits- und Fachkräfteimmigration befördern
- ausreichende Sprachkursangebote vorhalten
- Bezahlkarte Asyl durch Land beauftragen und zentral finanzieren



11 Attraktivität der öffentlichen Arbeitgeber erhöhen

- gemeinsame Arbeitgebermarke für den öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen schaffen
- Fachkräfte mit Migrationshintergrund für öffentlichen Dienst gewinnen
- mehr Flexibilität bei der Stellenbewirtschaftung haushaltsrechtlich zulassen
- Qualifikationsanforderungen für kommunale Bedienstete auf das unbedingt Notwendige reduzieren
- Öffentliches Dienstrecht vereinfachen